Lesen und weitergeben!

Bundesweite Ausgabe - Auflage: 100.000 - Nr. 5 / Sommer 2013
Gesamtauflage aller Ausgaben: 250.000

pro Deutschland

Zeitung der Bürgerbewegung pro Deutschland | Telefon 030 - 66 40 84 14

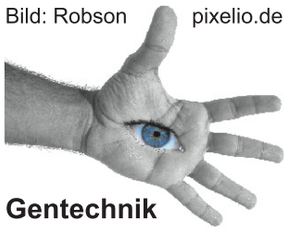
In dieser Ausgabe

Zuwanderer gering qualifiziert

Es sind oft die Falschen, die nach Deutschland wollen.

Seite 2

Bild: Robson pixelio.de



Gentechnik

Der Verbraucher als Versuchskaninchen

Seite 3

BÜRGERBEWEGUNG
pro Deutschland

Was wir wollen

Das Programm der Bürgerbewegung pro Deutschland.

Seite 4

Scharia-Recht in Deutschland

Islamische Parallelwelt.

Seite 7

Türken gegen Deutsche

Wie türkische Politiker ihre Landsleute aufhetzen.

Seite 8

Mehr Bildung

Weniger Zuwanderung

Am 22. September pro Deutschland wählen: Die demokratische Alternative zu Schwarz und Rot!

Deutschland ist heute Weltmeister bei der Zuwanderung ins soziale Netz. Macnhe Zuwanderer-Gruppen weisen Hartz-IV-Quoten von 90 Prozent aus. **Und - besonders erschreckend: Auch 50 Jahre nach der ersten Zuwanderungswelle beziehen rund 24 Prozent der in Deutschland lebenden Türken Hartz IV. Das heißt, etwa jeder vierte Türke erwirtschaftet in Deutschland seinen Lebensunterhalt nicht selbst.** Das darf so nicht weitergehen!

CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP vertreten schon lange nicht mehr die Interessen von „Otto Normalverbraucher“, von der Partei „Die Linke“ und den „Piraten“ ganz zu schweigen! Unser Land braucht **uns**: eine seriöse, grundgesetztreue Opposition aus der Bürgerschaft.

Drei Ziele sind uns besonders wichtig:

1.) **Schluß mit der Massenzuwanderung ins soziale Netz!** Deutschland braucht mehr Ausbildung statt mehr Zuwanderung. Themen wie der Asylmißbrauch und die Islamisierung müssen mit Augenmaß und gesundem Menschenverstand angegangen werden. Kriminelle und Extremisten gehören abgeschoben. Wer es ehrlich meint, eine gute Ausbildung hat und arbeiten will, ist in Deutschland herzlich willkommen!

2.) **Raus aus dem Euro!** Diese Währung ist nicht mehr zu retten. Uns droht Inflation, also die Entwertung von Arbeitseinkommen und Renten. Die vom Bundestag beschlossenen „Hilfspakete“ werfen unser Steuergeld in den Rachen geldgieriger Banken und Versicherungskonzerne. Bei Griechen, Spaniern und anderen Hilfsbedürftigen kommt kein einziger Cent an. Überall zahlt der „kleine Mann“ die Zeche. Das muß sofort ein Ende haben!

3.) **Mehr Polizei - mehr Sicherheit!** Die Bundestagsparteien sparen unser Land kaputt. Sicher leben kann nur noch, wer Geld für Alarmanlagen und private Sicherheitsdienste hat. Wieder einmal bleiben wir, die Bürger, auf der Strecke. Fahrten mit der Straßen-, U- und S-Bahn machen vor allem abends schon lange keinen Spaß mehr. Wir wollen wieder in Sicherheit leben!

Wichtige Auszüge aus unserem Programm lesen Sie auf den Seiten vier und fünf.

Gehen Sie zur Wahl (Wahlverweigerung nützt nur den Altparteien). Verschenken Sie Ihre Stimme nicht! Am 22. September pro Deutschland wählen!

www.pro-deutschland.de

Zuwanderer gering qualifiziert

Die Integration von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt hat sich in den letzten 10 Jahren etwas verbessert. Das besagt eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über „Migration in den wichtigsten Industriestaaten“. Allerdings stellt die Privatwirtschaft vor allem Zuwanderer ab der zweiten Generation mit geringer Qualifikation zu niedrigen Löhnen ein. „Diese Ausländer gelten bei vielen Arbeitgebern zwar als schlecht vorgebildet, dafür aber als arbeitswillig“, sagt der OECD-Zuwanderungsexperte Thomas Liebig. Die Beschäftigtenrate von Zuwanderern stieg dadurch in den Jahren 2000 bis 2011 um sieben Punkte auf 64 Prozent.

Keinen wirklichen Bedarf an Zuwanderern sehen der Untersuchung zufolge deutsche Behörden. Polizei, Schulbehörde und Verwaltung stellen Zuwanderer nur in Ausnahmefällen und oft sogar lediglich im symbolischen Umfang ein. „Die Chance, einen Lehrer oder einen Polizisten mit ausländischen Wurzeln einzustellen, wird in der Bundesrepublik leider immer noch zu wenig genutzt“, klagt Liebig.

Der Erhebung zufolge gibt es in Deutschland kaum eine Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitssuchenden. Die bevorzugen klassische Einwanderer-Länder wie die USA, Kanada und Australien, wo mehr verdient wird. Eine Spitzenplatz belegt Deutschland dagegen bei der Zuwanderung ins soziale Netz.

Für qualifizierte Arbeitskräfte ist Deutschland kein guter Standort am globalisierten Arbeitsmarkt: *„Keinen wirklichen Bedarf an Zuwanderern ...“*

Bild: Gerd Altmann / pixelio.de

Wie viel ist Ihnen diese Zeitung wert?

Alle schimpfen: Es soll sich endlich mal etwas bewegen in der Politik. Die Parteien sind alle gleich. Lobbyisten mit viel Geld setzen sich durch, der Bürger bleibt auf der Strecke.

Alle schimpfen - aber nur wenige bewegen sich und tun etwas dagegen.

Wir, die Bürgerbewegung pro Deutschland, haben mit dieser Zeitung die Initiative ergriffen. Wir wollen die Bürger informieren, neue Mitglieder werben, uns organisieren und es besser machen. Bitte helfen Sie uns dabei!

Gerne lassen wir Ihnen die Zeitung „pro Deutschland“ viermal im Jahr per Post zukommen. Dafür erbitten wir von Ihnen (mindestens) einmal im Jahr eine Spende in beliebiger Höhe. 10 oder 20 Euro genügen, mehr ist besser - denn je mehr Geld wir haben, desto mehr Werbeexemplare können wir zur Massenverteilung drucken.

Kein Abo! Keine weitere Zahlungsverpflichtung!

Lars Seidensticker
Bundesgeschäftsführer

An welche Adresse senden wir „pro Deutschland“?

Falls uns Ihre Anschrift bereits vorliegt, geben Sie auf dem Überweisungsträger bitte Ihren Vor- und Zunamen sowie die Postleitzahl und den Ort an. Das genügt. Andernfalls teilen Sie uns bitte Ihre Adresse mit. Kontaktdaten: Siehe Impressum auf Seite 7 unten links.

Überweisungsauftrag / Zahlschein

Benutzen Sie bitte diesen Vordruck für die Überweisung des Betrages von Ihrem Konto oder zur Bareinzahlung. Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

(Name und Sitz des bauftragten Kreditinstituts) (Bankleitzahl)

Empfänger: Name, Vorname / Firma (max. 27 Stellen)
pro Deutschland

Konto-Nr. des Empfängers
3510187 2

Bankleitzahl
37050198

bei (Kreditinstitut)
Sparkasse KölnBonn

EURO
EUR

Betrag

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers - (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

Kontoinhaber/ Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Datum Unterschrift

Beleg für den Kontoinhaber
Einzahler-Quittung

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Empfänger
pro Deutschland

Konto-Nr. des Empfängers
35 10 18 72

bei
Sparkasse KölnBonn

EUR

Auftraggeber / Einzahler

(Quittung des Geldinstituts)

Spenden an pro Deutschland sind zu 50 Prozent von der Einkommensteuer abziehbar. Das heißt: für jeden Spenden-Euro bekommen Sie per Einkommensteuer-Erstattung 50 Cent vom Finanzamt zurück!

Der Verbraucher als Versuchskaninchen:

GENTECHNIK - Risiko für uns alle!

Wir befinden uns mitten in einem weltweiten Experiment an Mensch, Tier und Umwelt. Vom Verbraucher fast unbemerkt hat sich in der Landwirtschaft ein Wandel vollzogen: Vor allem bei dem Anbau von Futtermitteln setzt sich außerhalb Europas der Einsatz von gentechnisch veränderten Getreidearten wie Soja, Mais und Raps durch.

90 % des Anbaus finden auf dem amerikanischen Kontinent statt: in den USA (53 %), Kanada (6,1 %), Brasilien (11,5 %) und Argentinien (18 %). Deutschland importiert jährlich allein etwa 4,5 Millionen Tonnen Sojarohstoffe aus diesen Ländern.

Gefährlicher Großkonzern: Monsanto

90 % der weltweit patentierten Gentech-Pflanzen gehören dem Monsanto-Konzern. Monsanto war einst Hersteller von „Agent Orange“, einem im Vietnamkrieg eingesetzten Entlaubungsmittel, das entsetzliche Auswirkungen für Mensch und Natur hatte. 800 Millionen Euro läßt sich der Konzern jährlich die Entwicklung von neuen Pflanzensorten kosten. Nachzuchten sind nicht erlaubt. Landwirte geraten in Abhängigkeit und müssen das Saatgut jährlich bei Monsanto kaufen. Verstöße werden kontrolliert und geahndet.

Unabhängige Forschung?

Nach aktuellem Stand werden fast alle auf Gentechnik spezialisierten Wissenschaftler von der Industrie finanziert. Die Unabhängigkeit der Wissenschaft gehört in diesem Bereich offensichtlich schon längst der Vergangenheit an. Deshalb gibt es bis heute auch keine aussagekräftigen Langzeitstudien. Zahlreiche Monsanto-Mitarbeiter sind in Amerika übrigens in Regierungsstellen gewechselt.

Bild: Robson / pixelio.de

Unkontrollierte Gentechnik

Einmal ausgesät, geben die Genpflanzen ihre Eigenschaften auch an andere Pflanzen weiter, so daß es zu Verunreinigungen bei gentech-freien Ernten kommt.

Zunächst behauptete die Saatmittelindustrie, die Getreidearten seien unter Kontrolle. Eine unkontrollierte Weiterverbreitung sei ausgeschlossen. Die Behauptung wurde so lange aufrecht erhalten, bis Wissenschaftler Gen-Mais fanden, der über 2000 Kilometer vom eigentlichen Feld entfernt wuchs.

Mißbildungen und Todesfälle

Der Monsanto-Konzern bietet eine fatale Kombination aus patentiertem Saatgut und dazu passenden, patentierten Pestiziden. Überhaupt geht der Anbau gentechnisch veränderten Getreides mit einem höheren Pestizideinsatz einher. **In Südamerika mehren sich die Horrormeldungen von kranken Mitarbeitern, Mißbildungen bei Neugeborenen und sogar Todesfällen.** Im Umfeld der betroffenen Äcker mutieren Superunkräuter - und ausgebrochene Kühe, die sich unlängst in ein Sojafeld verirrten, starben nach dem Genuß der Pflanzen qualvoll.

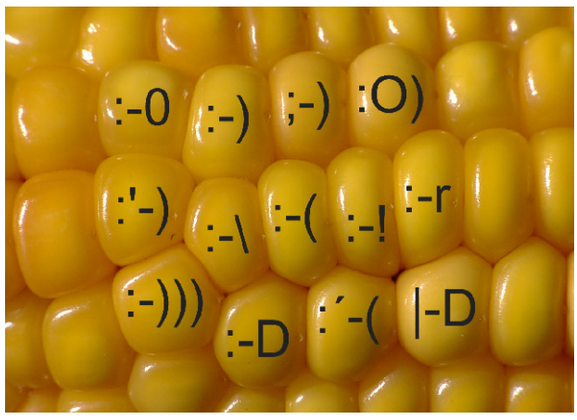
Veränderungen an Versuchstieren festgestellt

Glaubt man den meisten öffentlichen Verlautbarungen, wirkt sich der Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln nicht auf das Endprodukt (Fleisch, Milch) aus.

US-Forscher fanden jedoch heraus, daß sich die inneren Organe von Ratten, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden, anders entwickelten als von Ratten, die herkömmliches Futter bekamen. Insgesamt wurden über dreißig Unterscheidungsmerkmale festgestellt. US-Schweinemäster berichteten, daß Zuchtsauen nach dem Genuß von Genmais unfruchtbar wurden.

Was der Verbraucher tun kann

Nahezu alle Fleisch- und Milchprodukte in Deutschland stammen von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Getreide gefüttert wurden. Gekennzeichnet werden müssen die Endprodukte nicht. Wenn sie als Verbraucher Gentechnik vermeiden wollen, sind Sie auf Bioprodukte oder auf Waren, die mit dem Siegel „Ohne Gentechnik“ versehen sind, angewiesen. Wenn man unter diesen Voraussetzungen zum Beispiel gentechnikfreien Käse kaufen möchte, beschränkt sich die Auswahl plötzlich auf ein bis zwei Sorten.



Wem gehört der Gen-Code für Mais? - Bild: Andreas Depping / pixelio.de

Die Umweltorganisation Greenpeace bietet eine Hilfe für Verbraucher, die in Zukunft auf Gen-Produkte verzichten wollen. Der Ratgeber „Essen ohne Gentechnik“ kann kostenlos bestellt werden: Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg, oder telefonisch: 040 - 306 18 120

Auch die Bürgerbewegung pro Deutschland setzt sich für eine nachhaltige, ökologisch verträgliche Landwirtschaft ohne den Einsatz von Gentechnik ein.

Bild: Ich-und-Du / pixelio.de

Durch dieses hohe Haus soll ein frischer Wind wehen: *„Die Bürgerbewegung pro Deutschland fordert das Ende der Parteibuchwirtschaft!“*

Was wir wollen

Auszüge aus unserem Programm pro Deutschland

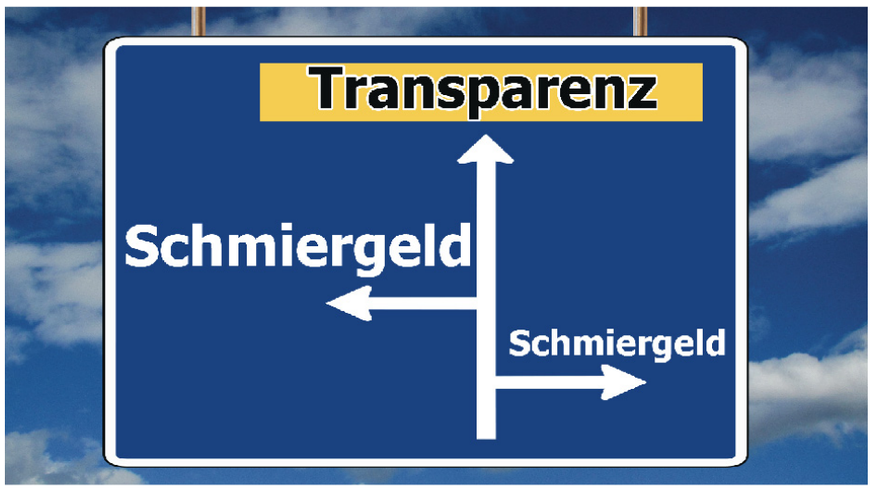
Präambel

Die Bürgerbewegung pro Deutschland versteht sich als politische Vereinigung von Menschen, die den abendländischen Charakter Deutschlands bewahren wollen. Sie bekennt sich zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Mensch und Staat

Die Bürgerbewegung pro Deutschland macht sich stark für die Freiheit des Bürgers von staatlicher Bevormundung. Sie fordert eine wirksame Eindämmung des Mißbrauchs staatlicher Gewalt durch Interessengruppen, die immer wieder erfolgreich ihre partikularen Belange gegen die Belange der Mehrheit des Volkes durchgesetzt haben. Dafür ist die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse eine wesentliche Voraussetzung. Die Beratung und Regelung der öffentlichen Angelegenheiten darf nicht exklusiven Macht-Zirkeln vorbehalten bleiben. Sie muß vielmehr öffentlich in den dafür vorgesehenen staatlichen Institutionen erfolgen.

Die Bürgerbewegung pro Deutschland bekennt sich zur Bundesrepublik Deutschland als dem demokratisch verfaßten Nationalstaat der Deutschen. Sie setzt sich ein für die Erneuerung des Staates vom Haupt bis zu den Gliedern. Deshalb sind ihre Mitglieder bereit, in den Parlamenten und in den Gremien der kommunalen Selbstverwaltung Verantwortung zu übernehmen.



Politik soll wieder transparent werden: *„Die Beratung und Regelung der öffentlichen Angelegenheiten darf nicht exklusiven Macht-Zirkeln vorbehalten bleiben.“* - Bild: Gerd Altmann / pixelio.de

Gewaltenteilung

Die Trennung der drei Gewalten - Gesetzgebung (Parlamente), Rechtsprechung (Gerichte) und Ausführung (Verwaltung, Polizei) - ist Grundlage des demokratischen Rechtsstaates. Sie wird in Deutschland immer mehr durch den um sich greifenden Parteienfilz ausgehöhlt. Immer öfter werden Gerichts- und Polizeipräsidenten sowie Verwaltungsbeamte nicht nach ihrer fachlichen Qualifikation, sondern nach ihrem Parteibuch ausgesucht.

Die Bürgerbewegung pro Deutschland fordert das Ende der Parteibuchwirtschaft! Wer die Gewaltenteilung aushöhlt, legt Hand an die Fundamente des demokratischen Rechtsstaates. Er muß in die Schranken verwiesen werden!

Demokratie

Die Bürgerbewegung pro Deutschland bekennt sich zu Demokratie und Meinungsfreiheit. In politischen Auseinandersetzungen müssen auch unbeque-

me Ansichten geduldet werden. Die Chancengleichheit aller Teilnehmer des politischen Wettbewerbes muß gewährleistet sein. Es gilt, insbesondere auf kommunaler Ebene die Bürgerinnen und Bürger nachhaltiger in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Politik muß deshalb öffentlich durchschaubar und politische Teilhabe für jedermann muß möglich gemacht werden.

Soziale Gerechtigkeit

Die Bürgerbewegung pro Deutschland fordert die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Sie erteilt der Idee des globalisierten Arbeitsmarktes eine Absage. Während die alten politischen Kräfte den Globalisierungskonzernen ständig nachgeben, Arbeitsplätze exportieren, dabei gleichzeitig Arbeitssuchende importieren und so das Lohn- und Beschäftigungsniveau in Deutschland nach unten drücken, fordert pro Deutschland die Politik zur Zurückweisung der Machtansprüche der multinationalen Unternehmen und insbesondere der Großbanken und Versicherungskonzerne auf.

Wer wirtschaftliche Veränderungen will, muß deren Gewinner und Verlierer offen und ehrlich benennen. Wer, wie viele Politiker, behauptet, seine Wirtschaftspolitik würde nur Gewinner und keine Verlierer kennen, versucht offensichtlich, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Pro Deutschland will die Multis und die Geldkonzerne schwächen, aber die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die kleinen Gewerbetreibenden und die mittelständischen Unternehmen stärken.

Renten

Die ältere Generation hat Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut und mit ihrer Lebensleistung die Grundlagen für den Wohlstand der Jüngeren gelegt. Sie verdient es nicht, von der Politik als lästiger Bittsteller behandelt und finanziell ausgeblutet zu werden. Längst haben die Rentner einen erheblichen Teil ihrer Kaufkraft eingebüßt. Sie werden um die Früchte ihrer jahrzehntelangen Zahlungen in die Rentenkassen betrogen. Dieser breit angelegte Volksbetrug muß ein Ende haben! Die Verantwortlichen sind politisch zur Rechenschaft zu ziehen!

Kriminalität

Polizei und Justiz müssen im Umgang mit Kriminellen endlich die Samthandschuhe ausziehen. Dafür brauchen sie Rückhalt aus der Politik. Die Bürgerbewegung pro Deutschland fordert: Opferschutz vor Täterschutz!

Straftäter, die Wohnungseinbrüche, Diebstähle oder Raubdelikte begangen haben, müssen mit der vollen Härte des Gesetzes konfrontiert und nicht, wie heute üblich, erst nach einer sehr großen Zahl von nachgewiesenen Delikten zu einer Haftstrafe verurteilt werden. Das berechtigte Interesse der gesetzestreuen Bürgerinnen und Bürger am Schutz vor Gewalt- und Eigentumsdelikten ist der Bürgerbewegung pro Deutschland wichtiger als das unberechtigte Interesse der Täter, möglichst lange auf freiem Fuß zu bleiben, um weitere Straftaten begehen zu können.

Die Euro-Inflation entwertet die Renten: *„Längst haben die Rentner einen erheblichen Teil ihrer Kaufkraft eingebüßt. Sie werden um die Früchte ihrer jahrzehntelangen Zahlungen in die Rentenkassen betrogen.“* - Bild: matchka / pixelio.de

Gefängnisse dürfen nicht zu Erholungsheimen umfunktioniert werden. Strafgefangene sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Arbeit herangezogen werden, um einen Beitrag zur Finanzierung ihrer Haft zu leisten.

Sexualstraftäter und insbesondere Kinderschänder sollen nicht mehr - wie heute üblich - nach einer kurzen Haftstrafe mit anschließender psychiatrischer Behandlung erneut auf die Öffentlichkeit losgelassen werden.

Extremismus

Die Bürgerbewegung pro Deutschland erteilt jeder Form von politischem Extremismus eine scharfe Absage. Die Teilnahme am politischen Wettbewerb in Deutschland setzt die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes voraus. Das Recht auf freie Meinungsäußerung stößt dort an eine Grenze, wo Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen gepredigt oder eingesetzt wird. Die Bürgerbewegung pro Deutschland fordert ein Verbot aller politischen Vereinigungen, die das Gewaltmonopol des Staates mißachten.

Ausländerpolitik

Deutschland darf kein Einwanderungsland werden. Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt erfordert nicht mehr Zuwanderung, sondern mehr Bildung. Die Politik muß endlich bereit sein, aus dem Scheitern der „multikulturellen Gesellschaft“ Konsequenzen zu ziehen. Die Bürgerbewegung pro Deutschland fordert denjenigen Teil der in Deutschland lebenden Ausländer, der unser Land als seine Heimat ansieht und hier auf Dauer leben möchte, dazu auf, die deutsche Sprache zu erlernen und die Kultur unseres Landes zu achten. Pro Deutschland fordert außerdem Toleranz und Achtung gegenüber denjenigen Ausländern, die als Gäste auf Zeit bei uns arbeiten, sowie eine Trennung in Freundschaft von jenen, die hartnäckig integrationsunwillig oder -unfähig sind und/oder unsere Sozialsysteme dauerhaft ausnutzen.

Ausländische Straftäter, die das deutsche Gastrecht mißbrauchen, gehören nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben. Ihnen soll die erneute Einreise nach Deutschland lebenslang verweigert werden.

Vereinigungen von religiösen Fanatikern, die das deutsche Grundgesetz mißachten, gehören verboten und aufgelöst. Islamistische Haßprediger müssen unverzüglich aus Deutschland ausgewiesen werden.

Die Asylverfahren müssen gestrafft werden. Rechtsgültige Abschiebungs-Verfügungen gegen Scheinasylanten müssen - wie international üblich - unverzüglich umgesetzt werden.

Noch demonstriert pro Deutschland *vor* dem Deutschen Bundestag, aber mit Ihrer Hilfe haben wir *dort drin* bald ein Wort mitzureden! - Bild: www.steb-studio.de

BÜRGERBEWEGUNG pro Deutschland

Alte Rhinstraße 16 - 12681 Berlin - Fax (030) 60 93 29 80

AUFNAHMEANTRAG: Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Bürgerbewegung pro Deutschland als ordentliches Mitglied.

Vor- und Zuname

Straße und Hausnummer oder Postfach

Postleitzahl und Wohnort

Telefon | *eMail* | *Geburtsdatum und -Ort*

Ich bin Mitglied bei Partei, Verein | *Ich war Mitglied bei Partei, Verein*

Ich bekenne mich zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Bitte legen Sie nach Möglichkeit ein Paßfoto für Ihren Mitgliedsausweis bei!

Dauerauftrag

Geldinstitut

Konto-Nummer | *Bankleitzahl*

Bitte überweisen Sie ab dem _____ jeweils zum 1. des Monats den Betrag von Euro _____ (mindestens Euro 5,00) unter Angabe des Verwendungszwecks „Mitgliedsbeitrag" an die Bürgerbewegung pro Deutschland, Konto Nr. 35 10 18 72, Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98.

Ort und Datum | *Unterschrift*

Mitmachen bei pro Deutschland bedeutet ...

Demonstrationen: Pro-Deutschland-Mitglieder sind aktiv, gehen auf die Straße und mischen sich in die Politik ein.

Versammlungen: Mit Vorträgen zu Themen, die unmittelbar Bürgerinteressen betreffen.

Infostände: Ran an den Bürger! Manchmal auch bei schlechtem Wetter.

Feiern: Wir bilden eine Gemeinschaft, die zusammenhält. Hier entstehen Freundschaften!

Scharia-Recht in Deutschland

Antrittsrede einer Islam-Wissenschaftlerin

Der Scharia kommt mittlerweile in Deutschland eine gewisse Bedeutung als real gültiges Rechtssystem zu. Das ergibt sich aus Fakten, die die Islamwissenschaftlerin Dr. Christine Schirrmacher öffentlich gemacht hat. Sie hielt am 5. Dezember 2012 an der Universität Bonn ihre Antrittsvorlesung zum Thema „Friedensrichter, Streitrichter, Schariagerichtshöfe - Ist die Rolle der Vermittler auf den säkularen Rechtsstaat übertragbar?“, mit der sie ihre Habilitation (das Verfahren, mit dem man einen Lehrstuhl an einer Universität erwirbt, also Professor wird) abgeschlossen hat. Pro Deutschland war vor Ort und hat für Sie mitgeschrieben. Prof. Dr. Schirrmacher kritisiert: „Es ist nicht dienlich für die Schaffung eines einheitlichen Rechtsbewußtseins, wenn in Deutschland ausländisches Zivilrecht zur Anwendung kommt.“

Als Beispiel für diese Anwendung ausländischen Zivilrechts nennt Frau Prof. Dr. Schirrmacher den Fall einer Witwe aus München, die im Testament ihres verstorbenen Ehegatten als Alleinerbin benannt wurde. Trotzdem bekam die im Iran lebende Familie des Mannes, angelehnt an islamisches Recht, drei Viertel des Erbes zugesprochen.

Züchtigung der Ehefrau erlaubt

Noch gebe es in Deutschland immerhin keine Scharia-Gerichtshöfe wie in Großbritannien, stellt sie weiter fest. Aber seit 1996 würde das britische Beispiel zeigen, wohin auch hier über kurz oder lang die Entwicklung führt: „Das sind inoffizielle, gerichtlich nicht anerkannte Tribunale, denen sich die Beteiligten freiwillig stellen.“ Sie regeln jährlich einige tausend Streitigkeiten unter britischen Muslimen. Über solche Gerichte würden beispielsweise Frauen Druck auf ihre Ehemänner ausüben: „Willigt der Mann nicht in die Scheidung ein, kann ihn der Scharia-Richter dazu auffordern, seine Frau nach islamischer Tradition zu verstoßen.“ Muslimische Frauen müßten allerdings viel erdulden, bevor der Scharia-Richter die Scheidung anspricht: „Körperliche 'Züchtigung' der Ehefrau durch den Ehemann ist kein Grund für eine Scheidung, daher wird das Gericht dem Scheidungswunsch der Frau meist nur entsprechen, wenn es wirklich um Mißhandlung geht.“

Friedensrichter außerhalb des Rechtsstaates

In Deutschland sind islamische „Friedenrichter“ aktiv. Ihre Urteile und Empfehlungen sind oft mit deutschem Recht nicht vereinbar. „Die Anzeige einer Straftat bei der Polizei gilt in manchen Migrantenkreisen als Zeichen der Schwäche“, so Schirrmacher. Und weiter: „Ein Opfer, das eine Tat nicht sühnt, gilt nicht als friedfertig, sondern als Schwächling und wird verachtet.“ Viele Friedensrichter würden nach nahöstlichem Gewohnheitsrecht urteilen. „In jedem Fall wird das Gewaltmonopol des Staates unterlaufen, noch dazu von Friedensrichtern, die zuweilen ganz eigene Interessen im Drogen- oder Rotlichtmilieu haben.“

Die deutsche Justiz und die Polizei dulden die Aktivitäten der muslimischen Paralleljustiz: „Viele Richter und Staatsanwälte haben eine sehr hohe Arbeitsbelastung. Wenn Zeugen ganz plötzlich ihre Aussagen ändern oder ihr Gedächtnis verlieren, dann gehen sie dem nicht immer nach.“

In deutschen Zuwanderer-Ghettos werden etliche Rechtsstreitigkeiten durch Scharia-Richter entschieden, vorbei an der deutschen Justiz: *„Ganz offensichtlich mißtrauen viele türkische und arabische Zuwanderer den deutschen Gerichten und der Polizei.“* - Foto: tokamuwi / pixelio.de

Islamisches Recht weit verbeitet

Der Integrationsbeauftragte des Berliner Stadtbezirks Neukölln hat die Vermutung geäußert, in seinem Zuständigkeitsbereich würden 10 bis 15 Prozent der Rechtsstreitigkeiten unter Muslimen durch „Friedensrichter“ geregelt werden. Eine offizielle Statistik wird nicht erhoben. Ganz offensichtlich mißtrauen aber viele türkische und arabische Zuwanderer den deutschen Gerichten und der Polizei. Zudem sparen sie meist Geld, wenn sie sich zur Regelung ihrer Rechtsstreitigkeiten an ihre Landsleute halten und Konflikte auf der Basis der Scharia lösen lassen.

Pro Deutschland fordert: Integration statt Ghettobildung! Grundgesetz statt Scharia! Die Politik muß endlich aktiv werden, um die Verfestigung der islamischen Parallelgesellschaft zu beenden!

BÜRGERBEWEGUNG pro Deutschland

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bürgerbewegung pro Deutschland, Alte Rhinstr. 16, 12681 Berlin

Telefon:
030 - 66 40 84 14

Fax:
030 - 60 93 29 80

eMail:
info@pro-deutschland.net

V.i.S.d.P.:
Manfred Rouhs,
Adresse wie vorstehend

Druck:
Eigendruck

Unglaublich: Jedes Jahr nimmt der deutsche Staat **sieben Milliarden Euro** aus Nachlässen und an Erbschaftsteuer ein - nur, weil viele Deutsche **keinen letzten Willen** verfügt haben. **Wie macht man ein Testament? Wo wird es hinterlegt? Wie vermeidet man Erbschaftsteuer? Was kann testamentarisch verfügt werden? -** Diese Handreichung des Juristen Dr. Graudin gibt Antworten!

Dr. Andreas Graudin: Der Weg zum Testament. Broschüre. **Kostenlos anzufordern bei pro Deutschland!**

Wie türkische Politiker Türken gegen Deutsche aufhetzen

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

Recep Erdogan, türkischer Ministerpräsident

Deutsche Politiker tun nahezu alles für die Integration der Türken in die deutsche Gesellschaft. Sie finanzieren Sprachkurse, bieten Hilfen an, schütteln Hände und organisieren Einbürgerungen. Ob Klaus Wowereit und sein Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky in Berlin, Christian Ude in München, Jürgen Roters in Köln oder Olaf Scholz in Hamburg: Auf ihre „Mitbürger mit Zuwanderungshintergrund" lassen sie nichts kommen, und wenn Zweifel am Erfolg von Integrationspolitik und Multi-Kulti aufkommen, reagieren sie mit Durchhalte-Parolen.

Foto: CC-Lizenz Missionary

Außenminister Davutoglu strebt ein türkisches Weltreich an. Die in Deutschland lebenden Türken sind Figuren auf seinem Schachbrett: *„Wir werden uns wie einst die Osmanen (...) zu einer globalen Weltmacht entwickeln."*

Aber türkische Regierungs-Politiker und deren Parteigänger in Deutschland fallen ihnen in den Rücken! Ministerpräsident Recep Erdogan zieht mit ihnen am selben Strang, aber in die andere Richtung. Er will die Integration seiner türkischen Landsleute in Deutschland hintertreiben. Fast alle in Deutschland lebenden Türken kennen die Parolen, in denen Moscheen zu Kasernen und islamische Gläubige zu Soldaten werden. Sie lesen davon in den türkischen Zeitungen, die an vielen deutschen Kiosken verkauft werden. Und sie empfangen über ihre Satellitenschüsseln das türkische Fernsehprogramm mit den einschlägigen chauvinistischen Losungen.

Wir werden die Macht übernehmen ...

Ein türkischer Beamter aus einem Regierungspräsidium in Bayern äußerte in einem Interview: „Ich sehe eine große Chance, an Schulen künftig vorwiegend Muslime als Direktoren einzusetzen (...) Aber das ist nur der Anfang. Wir werden zunehmend die Macht übernehmen in diesem Land, da wir auch die meisten Kinder stellen. Nicht nur an den Hauptschulen, auch an Gymnasien und Berufskollegs." Der Mann gehört zur Gemeinschaft **Milli Görüs**, einer der mitgliederstärksten türkisch-islamischen Organisationen in Deutschland. Auch sein Premier Erdogan nimmt kein Blatt vor den Mund: „Wir werden die europäische Kultur mit der türkischen impfen, um diese Länder zu türkisieren."

Während für Herrn Erdogan die Türkei „das Land ist, das in der Welt die Tagesordnung bestimmt", setzt sein Außenminister Ahmet Davutoglu den Größenwahn fort: „Wir werden uns wie einst die Osmanen, die sich damals von einer kleinen Volksgruppe zu einer Weltmacht entwickelt haben, auch zu einer globalen Weltmacht entwickeln. Wir haben alles, was man als Traum bezeichnet, in kurzer Zeit verwirklicht. Wir werden nie von unseren Zielen abweichen. Wir produzieren unsere eigenen Waffensysteme und unsere Verteidigungsindustrie entwickelt sich in einer positiven Richtung." Die Türkei verfügt aber noch über wirksamere Waffen. Es ist viele Jahre her, daß der muslimische Spruch „In den Kreißsälen werden wir euch besiegen" die Bevölkerung schockierte.

Traum vom Großreich

Mittlerweile ist daraus Alltag geworden. Türkische Politiker und ihre Funktionäre in Deutschland widersetzen sich der deutschen Integrationspolitik, sprechen von „Germanisierung". Den nicht-türkischen Nachbarn der Großmoscheen in Deutschland empfehlen sie: „Lernt Türkisch!" Längst bieten viele Moscheevereine entsprechende Sprachkurse an.

Die Bürgerbewegung pro Deutschland will die Zuwanderung in die Sozialsysteme stoppen. **Und sie fordert hartnäckig integrationsunwillige Ausländer auf, ihre Zukunft nicht bei uns in Deutschland zu suchen, sondern in ihrem Herkunftsland.**

Wir reichen jedem die Hand, der guten Willens ist, in Deutschland zu leben, zu arbeiten, Deutsch zu sprechen und unsere Kultur zu achten. **Aber dabei muß klar sein, daß Deutschland das Land der Deutschen bleiben wird. Denn auch wir Deutschen haben ein Recht auf eine Heimat!**

Osmanische Krieger in einer türkischen Historien-Schau: *„Lernt Türkisch!"*

Foto: CC-Lizenz, Michal Manas